

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Vertrieb: Sammelnummer 25 241
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjähriger Lieferung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 70,- M., jährlich 112,- M. (Postgebühren eingeschlossen).
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4,- M. für 1000 Eindrücke. Mehrspaltige Anzeigen nach Vereinbarung. Einzelnummern 70 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Marianenstr. 33/34.
Druck u. Verlag von E. P. Schmidt in Dresden.
Verlags-Konto 1068 Dresden.

Poincaré über den Gleiwitzer Zwischenfall.

Das Märchen von riesigen deutschen Geheimorganisationen.

Einstimmiges Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 17. Febr. In der heutigen Kammer Sitzung fand an erster Stelle die Interpellation des Abg. Bouteille über die Zwischenfälle von Petersdorf und Gleiwitz auf der Tagesordnung. Der Interpellant behauptete, daß die französische Regierung nicht rascher vorgegangen sei. Durch die Tatsache, daß die Sanktionen nicht dem Moment auf dem Höhe folgten, habe sich die öffentliche Meinung enttäuscht gefühlt. Deutschland habe weder moralisch noch materiell abgerückt. Das bestätigten die Berichte Vollets jeden Tages. Die deutschen Arbeiter, so habe Vollet festgestellt, laborierten die Aufgabe der Kontrollkommission. Die Opfer des Attentats von Petersdorf seien als die Opfer des deutschen Militarismus und auch als ein Opfer der Schwäche der vorausgegangenen französischen Regierung gefallen.

Ministerpräsident Poincaré

beantwortete die Interpellation und erklärte: Das, was in Petersdorf vorgefallen sei, sei nur eine der Episoden der zahlreichen Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien gerichtet seien. Die Organe hätten aufgestellt und ihre Waffen an die Interalliierte Kommission abgeliefert werden müssen. Aber deutsche Banden, die bewußt aus Deutschland gekommen seien, hätten sich allmählich von neuem gebildet. Die Entscheidung des Völkerbundes werde eine Verhinderung der Tätigkeit dieser Banden veranlassen. Der Ministerpräsident verliest eine lange Liste von Attentaten, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien begangen worden seien. Er sprach auch von zahlreichen Waffendepots, die man entdeckt habe, und die den Beweis lieferten, wie gefährdet der Frieden in Oberschlesien sei. Die deutschen Banden besetzten Montagne, so habe man auch die Wälder des Kommandanten Montagne aus dem Glatzgebiet herangezogen. Der Ministerpräsident schilderte sodann die Vorgänge in Petersdorf im einzelnen und erklärte, er habe von General Vollet verlangt, daß die Kommission die erforderlichen Feststellungen mache. Die Vorkonferenz müsse sich mit der Angelegenheit bald befassen. Er habe auch Vorkonferenzen durch den französischen Botschafter beim Reichskanzler erhoben. Wenn bewiesen werde, daß der Angriff in Petersdorf unter Mitwirkung von Elementen, die aus Deutschland gekommen seien, geschah oder sogar mit Waffen, die aus Deutschland gekommen seien, dann sei die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung gegeben.

Judenmilitärische und Sanktionen würden von der französischen Regierung gefordert werden.

Der Minister gibt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen und Verhandlungen, die in Petersdorf und Umgebung unternommen worden seien. Er zweifle nicht daran, daß die Vorkonferenz, wenn die notwendigen aus dem Deutschen Reich herbeigeholt würden, strenge Sanktionen erlassen werde. Die französische Regierung habe beschlossen, energische und strenge Maßnahmen zu verlangen.

Man müsse in Betracht ziehen, daß Petersdorf und Gleiwitz in den Gebieten geschähen, die an Deutschland zurückzuführen, die aber amnestisch noch ausschließlich unter der Autorität der Interalliierten Kommission stehen.

Die deutsche Regierung habe eine Untersuchung versprochen, deren Ergebnis, wie zu erwarten war, negativ ausfallen solle. Aber die Interalliierte Kommission lege ihre eigenen Untersuchungen vor.

Was, was er im Augenblick der Kammer mitteilen könne, sei, daß General Verdon nicht vernachlässigen werde, damit der Vorkonferenz rasch gelte. Er habe den Eindruck, daß der Angriff in Petersdorf von Elementen einer mächtigen deutschen Organisation geleitet worden sei, die aber nur fortbestehen könne unter Mithilfe von deutschen Beamten und Industriellen (!)

Zum Schluß erklärte Poincaré, die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen seien so weit fortgeschritten, daß in aller nächster Zeit die Interalliierte Kommission den beiden und sonstigen Gebieten mitteilen werde, daß sie Besitz von den Gebieten erhalten können, die ihnen zugesprochen worden seien. Obwohl die deutsche wie die polnische Regierung mühen die Rechte der anderen Seite anerkenne. Gerade deshalb habe die Regierungskommission in Oberschlesien beizubehalten, alle verbotenen Waffen zu erfassen.

Eine von dem Abg. Dignac eingebrachte Vertrauensvotum-Tagesordnung wird hierauf von allen anwesenden 508 Abgeordneten angenommen.

Die Kammer schloß damit die Diskussion über das Sonderverbot der Ausfuhr für den Wiederaufbau fort, deren Rückertatung Deutschland anlaufe. — Abg. Desjardins befragte die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die er mit der Lage der befreiten Gebiete vergleicht. Die deutschen Fabriken arbeiteten, die deutsche Handelsmarine sei fast so bedeutend, wie vor dem Kriege. Der Verkehr in den Häfen, namentlich in Danzaburg, wachse rasch. Der Abgeordnete befragte sodann die Frage der Sachlieferungen und verlangt Auskunft über das Wiederaufbau-Abkommen.

Finanzminister De Lasteyrie erklärt, das Abkommen sei noch nicht von allen alliierten Regierungen unterzeichnet worden. Es könne der Kammer nur zugehen, wenn ein endgültiges Einvernehmen erzielt sei. — Abg. Desjardins sagt, das Wiederaufbau-Abkommen bilde eine Täuschung. Würde es angewandt, so würden die befreiten Gebiete von der deutschen Industrie abhängig. Der Abgeordnete befragt im weiteren Verlauf die manövalische Rückertatung der aus den befreiten Gebieten wegzuführenden Gegenstände. Ministerpräsident Poincaré sagt eine energische Beibehaltung der Rückertatung zu.

Abg. Landen befragt sodann die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere aber das deutsche Budget, dessen Defizit sich täglich erhöhe, ohne daß etwas Wirkungsvolles zu seiner Verringerung getan werde.

Die Zwangsanleihe, die geplant ist, werde ein nutzbringendes Ergebnis haben. Die Steuerreform sei ungenügend, man fordere die Inflation. Wenn Deutschland die gleichen Fortschritte gemacht hätte wie Frankreich, wäre die Reparationsfrage längst gelöst. Er glaube, man könne schon aus dem jetzigen deutschen Budget 15 Milliarden franken verfügbar machen, wenn man nur wolle. Der Wiederaufbau der vertriebenen Gebiete bestehe nicht im Weggelassen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt.

Unsoziale Mietgeheubung.

Die zu Ende gehende Woche fand in den wichtigsten Körperschaften des Reichs im Zeichen der Mietgeheubung. Es ist in höchstem Maße zu bedauern, daß die Erörterungen über diese so dringliche Frage bei der Fülle der innen- und außenpolitischen Probleme, die gerade jetzt zur Entscheidung drängen, nicht so recht zur Geltung kommen konnten, vor allen Dingen in den breiteren Volksschichten nicht die Beachtung fanden, die ihnen eigentlich zusteht. Handelt es sich doch bei der ganzen Mietgeheubung, die man gegenwärtig im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat zu fördern sich bestrebt, um die Regelung von Angelegenheiten, die ihre Wurzel im kleinstädtlichen Alltag haben und die gelegentlich jedem einzelnen zu schaffen machen, oder noch zu denken geben werden. Wer mit dem Worte „Wohnungsnot“ nicht nur einen allgemeinen, vagen Begriff, sondern vielmehr eine praktische Erfahrung am eigenen Leibe verbindet, der wird eine Vorstellung von der Unmenge von Schwierigkeiten, vielfältigen Aufgaben und von der Dringlichkeit des ganzen Fragenkomplexes haben, den es im Interesse der Allgemeinheit zu klären gilt. Man möchte diese letzten Worte weithin sichtbar unterstreichen, um auf diese Weise verhängnisvoll zu machen und zu betonen, worauf es bei der gesetzlichen Regelung der Miet- und Wohnungsangelegenheiten vornehmlich ankommt. Nicht eine einzelne Volksschicht, mag sie noch so breit und umfassend sein, nicht ein Stand, ein Beruf, eine Gemeinschaft hat im Vordergrund der Erwägungen zu stehen, sondern der Nutzen des gesamten deutschen Volkes bis in seine letzten Glieder hinein. Der kann nur verwirklicht werden, wenn es gelingt, in welchem Ausmaß auch die gegenwärtig anstrebenden Interessengruppen zu vereinigen, und sie von der Notwendigkeit von Opfern zu überzeugen. Nie und nimmer aber kann es erreicht werden, wenn dem einen Teile zumunsten des anderen die Lebensmöglichkeiten abgetrennt oder auch nur so beengt werden, daß sich selber eine tiefe Verbitterung bemächtigt.

Die beiden Interessengruppen, die sich in bedauerlicher Entfremdung gegenüberstehen, sind, wie hinlänglich bekannt, Vermieter und Mieter. Die Vermieter, soweit sie Grundbesitzer sind, haben den begrifflichen Grund, nach den verfallenen Jahren der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft endlich wieder einmal an einer bescheidenen Restabilität ihrer in Grundbesitzwerten angelegten Kapitalien zu gelangen und in die Möglichkeit versetzt zu werden, ihren Besitz, dessen wertvermindernde Abnutzung sie in keiner Weise entgegengetreten und abdecken konnten, vor dem völligen Ruin zu bewahren. Die Wünsche der breiten Masse der Mieter, wenn unter diesem Ausdruck hier auch einmal die kleinen mit verstanden werden dürfen, die irgendwann einmal Mieter, Wohnungsinhaber waren, die jetzt aber zur unglücklichen Schar der Wohnungslosen gehören, sind nicht so leicht in wenigen Worten zu fassen. Ihr Verlangen geht natürlich fürs erste nach einer Wohnung überhaupt; sind sie im glücklichen Besitz einer solchen, dann handelt es sich um den preiswertesten für sie darum, daß diese Wohnung in bewohnbarem Zustande und daß sie nach Möglichkeit preiswert ist, ferner darum, daß sie auf tunsicht lange Zeit Inhaber dieser Wohnung abgeben? Sie gehörten in besseren Zeiten zu den einsichtlichen Selbstverständlichkeiten des Alltags. Heute wird natürlich jeder vernünftige Mieter ebenso wie jeder Hausbesitzer wissen, daß die reifliche Erfüllung aller dieser Anforderungen so dringlich und berechtigt ist, wie im Augenblick ein Tint in der Unmöglichkeit ist. Die einfache und wirksame Lösung, Aufhebung der Zwangswirtschaft, Freilassung der Wohnungswirtschaft, ungeschmälerte Mietminderungen, ist nun einmal nicht möglich, weil ihre wirtschaftlichen Folgen noch katastrophaler sein würden, als die Mitle und Unvernünftigkeiten des gegenwärtigen Zustandes. Die Ueberbelastung der Mieter würde zu einer unmittelbaren Verheerung der bereits heute unter Wirtschaftlichen so schwer beeinträchtigten Lohn- und Tarifkämpfe führen müssen, und die Hausbesitzer und Bauunternehmer würden bei aller Steigerung der Mieten doch niemals so viel herauswirtschaften können, daß für sie der notwendige Antrieb zu Neubauten gegeben wäre, besonders wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung, abgesehen durch die in freier Preisentwicklung gestiegenen Mieten für Neubauten, es vorziehen würde, die bisherigen Einschränkungen, die doch immerhin noch eine billige Erlöse gahalten, auch weiterhin zu ertragen. Die Rentabilität der in eine großartige Rentabilität gesteckten Kapitalien wäre also auch nach unmittelbarer Aufhebung der Zwangswirtschaft zum mindesten nicht gegeben. So bleibt denn höchstens die Frage offen, wie man unter Verletzung der arbeitslosen Mitle über die allerdings nicht absehbare Zeit allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes hinwegkommen kann.

Einen Versuch dieser Ueberbrückung sollten nach den Ausführungen der Regierungsdirektor die Entwürfe zum sogenannten Reichsmietengesetz und zum Gesetz über den Mieterbund und die Mietminderungsämter bilden, über die in der vergangenen Woche verhandelt wurde. Es kann sich hier nur darum handeln, wichtige Punkte dieser Gesetzesvorlagen auf ihr Verhältnis zu den obigen Bedenken hin zu prüfen. Eine umfassende und eindringliche Untersuchung, die jedes Für und Wider würdigt, würde gegebenenfalls die beiden Vorschläge beanstanden. Das Reichsmietengesetz oder besser: das Gesetz zur Regelung der Mietminderung läuft darauf hinaus, die Mietminderungen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Hausbesitzes anzupassen, ohne die Mieter allzu sehr zu schädigen, wie die Regierung im Reichstage betont hat. Dieses Ziel sollte man, der Vorlage nach, damit zu erreichen, daß man die Mieten voraussichtlich vom 1. Juli dieses Jahres an nach dem Reichs-

Deutschlands Vorbereitungen für Genua.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 17. Febr. Innerhalb der Reichsregierung ist die Tagesordnung der Genueser Konferenz Gegenstand eingehender Beratungen. Die Reichsregierung hat sich mit den Spitzenorganisationen der großen deutschen Wirtschaftsverbände zur Prüfung der wichtigsten finanziellen, wirtschaftlichen und Verkehrsfragen, die in Genua zur Entscheidung kommen sollen, in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen darüber dauern noch fort. Die Zusammenfassung der deutschen Delegation nach Genua steht noch nicht fest.

Better wird gemeldet, das Programm für Genua habe sich viel umfangreicher erwiesen, als zuerst angenommen wurde, so daß sich die Beratungen auf einen größeren Fragenkomplex erstrecken müssen. Einige der wichtigsten Themen sind die Finanzfragen, die Regelung des Goldumlaufes, die Frage der Zentral- und Emissionsbanken, der Wiederaufbau, die Zollfrage, die Organisation des Kredit, allgemeine Wirtschaft- und Handelsfragen, Erleichterungen und Sicherungen für Ein- und Ausfuhr, Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, Regelung des Konsumverwehens, technische Hilfe beim industriellen Wiederaufbau, sowie endlich das weite Gebiet des Transportwesens.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 17. Febr. Der „Deutschen Allg. An.“ zufolge ist der Reichsausschuss für auswärtige Angelegenheiten von seinem Vorsitzenden Dr. Stresemann für Dienstag den 21. Februar einberufen worden.

Die Kleine Entente und die Vorkonferenz.

Paris, 17. Febr. Das veröffentlichte folgende halbamtliche Erklärung: Die diplomatischen Kreise in Paris setzen über die Londoner Nachricht, die britische Regierung habe auf den französischen Vorschlag, die Vertreter der Kleinen Entente zur Beteiligung an den Vorbereitungen für Genua einzuladen, eine abschließende Antwort erteilt, einige Ueberraschung. Bis jetzt ist keine Note des Foreign Office in Paris angekommen. Es ist richtig, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien fortgesetzt werden ohne daß es, wie es scheint, zu einer endgültigen Festlegung der Absichten des englischen Kabinetts über die näheren Umstände, unter denen die Zusammenkunft ge-

folgen solle, gekommen ist. Ebensoviele ist eine Einigung der Sachverständigen über die Garantien erfolgt, die der Ministerpräsident Poincaré in seinem Memorandum vom 8. Februar über die Genueser Konferenz selbst verlangt hat. (25. T. 2.)

Die ablehnende englische Haltung in Bezug auf die Zulassung der Kleinen Entente scheint jedoch festzustehen, wie sich aus folgender Meldung ergibt:

Paris, 17. Febr. Nach den Berichten der hiesigen Presse scheint England die Teilnahme von Vertretern der Kleinen Entente an den Londoner Vorbereitungen abzuweisen. Das Programm für die Konferenz müsse von den Mächten ausgearbeitet werden, die die Einigung veranlaßt hätten. Falls andere Mächte nach den Wünschen Frankreichs herangezogen werden sollten, so würde das eine Verletzung für die nicht an den Sachverständigenberatungen zugelassen Nationen bedeuten.

Dr. Bennech's Absichten.

Prag, 17. Febr. (Via. Weid.) Nach der „Moravni List“ wird Dr. Bennech die englische Regierung auffordern, daß die Tschecho-Slowakei in das englisch-französische Bündnis betr. die Friedensgarantien gegenüber Deutschland aufgenommen wird. Außerdem wird er fordern, daß Frankreich und England allen den Staaten, die aus dem Verfall der österreichisch-ungarischen Monarchie erlitten haben, für die Erhaltung der jetzigen Grenzgarantien schaffen für den Fall, daß sie von Deutschland angegriffen werden sollten.

London, 17. Febr. Der Ministerpräsident der Tschecho-Slowakei, Dr. Bennech, hatte gestern eine einstündige Unterredung mit Lord George. Dabei wurden, wie verlautet, hauptsächlich die Ziele der Genueser Konferenz und der Wiederaufbau Europas behandelt.

London, 17. Febr. In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Bennech, die beiden Hauptfragen bei der Konferenz von Genua seien das deutsche und das russische Problem, und zwar letzteres noch bedeutend mehr als das erstere. Wie auch immer die Lösung sein werde, Deutschland müsse als vollberechtigter Partner betrachtet werden, um den Frieden aufrecht zu erhalten und die Wohlfahrt Europas zu zurückzuführen. Die europäischen Staaten müßten fest zusammenhalten und untereinander Abkommen treffen, die auf gegenseitiger Gleichheit begründet seien.